

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 33

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 4,50 M. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 10. August 1930

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12IV.
Fernruf: Berlin E2, Stupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang



Zum Verfassungstag.

Wieder einmal ist das Volk, das sind alle Männer und Frauen über 20 Jahre, dazu beufen, den Kurs der Reichspolitik zu bestimmen. Der Fortschritt, den die Verfassung von Weimar vor elf Jahren gebracht hat, ist leider von so vielen schon vergessen worden. Durch die jetzt geltende Verfassung wurde das alte Reich der Fürsten in einen deutschen Volksstaat umgewandelt. Leider gelang es nicht, einen Einheitsstaat zu errichten. Alle Parteien, die seinerzeit die Macht in der Hand hatten, müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie auf halbem Wege stehen geblieben sind. Die Schwierigkeiten z. B., die Thüringen, Bayern und Sachsen der demokratischen Entwicklung bereiten, wären nicht vorhanden, wenn in Weimar ein einheitliches deutsches Staatswesen entstanden wäre.

Die Prinzipien der Demokratie, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und die Selbstregierung des Volkes in Gemeinde, Land und Reich sind durch die Weimarer Verfassung festgelegt worden. Wenn sich auch diese Prinzipien allgemein durchgesetzt haben, dann sind jedoch noch immer starke Kräfte am Werke, die an die Stelle der demokratischen Selbstregierung des Volkes die Diktatur setzen wollen. Daß von der kleinsten Dorfgemeinde bis zum Reich alle Gewalt vom Volke ausgeht, ist noch lange nicht Gemeingut aller Staatsbürger geworden. Große Schichten träumen noch davon, der Gewaltentbildung von unten nach oben die Diktaturgewalt von oben nach unten entgegenzusetzen zu können. Ob sich eine Diktatur in der Gestalt der Monarchie oder im Gewande des Diktators zeigt, immer soll die Volksmasse von einer übernatürlichen Gewalt kommandiert werden.

Jahrzehntelange Erziehung ist noch notwendig, um jeden deutschen Staatsbürger innerlich zum Demokraten zu machen. In Ländern mit demokratischen Grundverfassungen spürt man das gehobene Selbstgefühl jedes einzelnen Menschen und die Reife des ganzen Volkes. Bei uns ist davon noch nichts zu merken. Unsere Gewerkschaften als demokratische Or-

ganisationen müssen mit daran tätig sein, dem demokratischen Staatsgrundgesetz in Herz und Hirn jedes einzelnen ihrer Mitglieder ein Heimatsrecht zu schaffen. Erst wenn das geschehen ist, dann wird sich die Reife des deutschen Volkes in konsequenter und steter Entwicklung ein vollendetes Staatswesen zu schaffen vermögen.

Die Weimarer Verfassung hat vieles angedeutet, doch die Ausführung ihrer Bestimmungen der Zukunft überlassen. Noch fehlt die gemeinsame Grundschule für jedes deutsche Kind. Noch lange nicht hat jede deutsche Familie eine gesunde Wohnung. Noch ist der Grundbesitz nicht Allgemeingut geworden, das Eigentum verpfändet. Den Schutz der Arbeiterschaft, das Recht auf wirtschaftliche Sicherung für jeden Deutschen, das Mitbestimmungsrecht des arbeitenden Volkes in der Wirtschaft durchzuführen und vieles andere ist der Zukunft überlassen geblieben. Es bedarf noch jahrelanger Arbeit, um die Verfassung in dieser Richtung auszubauen. Die Mehrheit des Volkes und der Volksvertretung muß für diese Ziele und Prinzipien erst gewonnen werden.

In Weimar sind die Fundamente für ein wohlliches Haus des arbeitenden Volkes geschaffen worden. Mittlerweile wurde ein Notbau errichtet, doch der Ausbau desselben im sozialen Sinne ist noch nicht erfolgt. Das deutsche Volk hat wohl Rechte und sehr viele Pflichten, doch die Sicherheit für die harten Wechselfälle des Lebens und der Wohlstand für alle lassen noch immer auf sich warten. Darum muß gerade am Verfassungstage das Augenmerk auf diejenigen Teile der Verfassung gerichtet werden, die noch des Ausbaues harren. Verfassungstag und Wahlkampffallen zusammen. Durch die Reichstagswahl hat es das Volk in der Hand, die Weimarer Verfassung im Sinne einer sozialen Fortentwicklung günstig zu beeinflussen. Mögen alle unsere Kollegen und Kolleginnen daran denken, daß erst die wirtschaftliche Gleichberechtigung es dem gesamten Volk ermöglicht, sein eigenes Schicksal zu beeinflussen!

Mit den Neubelastungen durch Steuern ist die Gesamtlast nicht erschöpft. Hinzu kommen noch die Ermächtigungen für neue Gemeindesteuern. Die Gemeinden können eine Kopfsteuer erheben oder sich für eine Gemeindebiersteuer bzw. allgemeine Getränkesteuer entscheiden. Die Kopfsteuer ist das schlimmste hierbei. Jeder Staatsbürger über 20 Jahre muß bis zu einem Einkommen von 8000 Mark im Jahr eine Kopfsteuer von 6 Mark entrichten. Bei ganz geringen Einkommen müssen 3 Mark gezahlt werden. Dieser Belastung der Masse hat man ein soziales Mäntelchen umgehungen insofern, daß die Kopfsteuer für Einkommen zwischen 8000 und 25 000 Mark 12 Mark, bei Einkommen bis 100 000 Mark 50 Mark und für die großen Einkommen über eine halbe Million 1000 Mark beträgt. Die zusätzliche Biersteuer der Gemeinden muß von der großen Masse aufgebracht werden. Eine allgemeine Getränkesteuer würde gerechter wirken, aber sie soll nur den Gemeinden gestattet werden, die sich in einer besonderen Notlage befinden. Es kann heute schon gesagt werden, daß sie die arbeitenden Schichten noch weiter belästigt und zu Einschränkungen zwingt.

Daneben sind jedoch auch sozialpolitische Grundgesetze miterfaßt worden. Neben der Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages sollen wesentliche Ersparnisse bei der Arbeitslosenversicherung gemacht werden. Diese wirken sich in der Beschränkung von Leistungen aus. Die Wartezeit dauert jetzt bis 14 Tage, die Sperrfrist beträgt 6 Wochen. Die Vorschriften über die Unterstützung berufstätiger Arbeitslosigkeit bleiben auch für den kommenden Winter bestehen. Die Dauer der Krisenunterstützung wird auf die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung angewandt.

In der Krankenversicherung bleibt es bei den Vorlagen des Reichstages. Die Maßnahmen der Verordnung betreffen die Beteiligung der Versicherten an den Kosten für die ärztliche Behandlung und die Heilmittel, den Beginn des Krankengeldbezuges, die Familienkrankenpflege, beschränken die Krankenkassen im Erwerb von Grundstücken, in der Errichtung von Gebäuden und Anstalten und in der Festsetzung des Beitrages. Daß diese Einschränkungen der Sozialpolitik selbst bürgerlichen Leuten zu weit gehen, zeigt der Leitartikel in Nr. 352 des „Berliner Tageblatts“, worin es u. a. heißt:

„Der Artikel 48 soll angewandt werden, um eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu beseitigen. Glaubt man wirklich, dies damit zu erreichen, daß man von jetzt ab dem Arbeitslosen erst 14 Tage nach dem Verlust seines Einkommens die Unterstützung gewährt? Muß man nicht für einen Winter, wie den kommenden, gerade von denjenigen, die zwei Wochen lang ohne einen Pfennig Unterstützung arbeitslos auf der Straße liegen, Akte der Verzweiflung erwarten? Und wie wird es sich wohl in einer Zeit, in der die Nerven aufs äußerste angepannt sind, auswirken, wenn Arbeiter und Angestellte, die jahrelang ihren Beitrag zur Krankenversicherung gezahlt haben, jetzt 50 Pfennig — den Preis eines Brotes — für einen Krankenschien zahlen müssen, der ihnen die Tür zum Rassenarzt öffnet — und weitere 50 Pfennig, wenn sie das dort erhaltene Rezept in der Apotheke vorlegen?“

Die verordneten Maßnahmen über die Sozialversicherung lassen den reaktionären Einschlag der Reichsregierung deutlich erkennen.

Neue Belastungen des Arbeiterhaushaltes.

Der Reichspräsident hat mit Hilfe des Artikels 48 die neuen Steuern, die Bestimmungen über sozialpolitische Gesetze, die neue Kartellverordnung usw. mit dem 1. August in Kraft gesetzt. Die getroffenen Maßnahmen gehen sowohl im einzelnen wie in ihrer Gesamtheit weit über die vom Reichstag abgelehnten Notverordnungen. Dem gesamten Volke, namentlich den arbeitenden Schichten desselben, sind dadurch schwere Lasten auferlegt worden. Ausgerechnet die minderbemittelten Schichten sind zur Opferleistung herangezogen worden.

Der zu deckende Fehlbetrag beläuft sich auf 760 Millionen Mark. Von diesem Fehlbetrag, der in der Hauptsache durch die Wirtschaftskrise hervorgerufen wurde, sollen 269 Millionen Mark durch Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um 1 Proz. — von 3½ auf 4½ Proz. — und durch sogenannte Reformen bei der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden. 304 Millionen Mark sind durch neue Steuern aufzubringen. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung u. Arbeitslosenversicherungsreform	269	Mill. Mk.
Reichshilfe, Einkommensteuernzuschlag und Ledigensteuer	274	„ „
Verkürzung der Fristen bei der Tabaksteuer	48	„ „
Gesamtersparungen im Etat	134	„ „
Berringerung der Fehlbeträge 1929	35	„ „
zusammen		760

Dieses Deckungsprogramm folgt durchaus den Vorschlägen, die die Regierung dem Reichstag gemacht hatte. Nur der Posten Gesamtersparungen im Etat erfuhr eine Erhöhung um 34 Millionen auf 134 Millionen Mark. Es ist in der Notverordnung nichts davon gesagt, wo diese Ersparnisse am Etat erzielt werden sollen. Das Reichswahlministerium ist mit ganzen 15 Millionen Mark beteiligt. Der wesentlichste Teil der Einsparungen soll an den Sozialausgaben erfolgen. Man hat z. B. in Aussicht genommen, die Kosten für die Auszahlung der Renten, die bisher vom Reich getragen wurden, in Zukunft von den Invaliden- und Unfallversicherungen tragen zu lassen.

Die Maßnahmen gegen kartellartige Bindungen, die die Regierung in der Notverordnung näher umschreibt, sind das einzig Erfreuliche. Durch diese neue Kartellordnung wird die bisher geltende Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 wesentlich überholt. Die Regierung hat jetzt das Recht, Verträge oder Beschlüsse von Kartellen für nichtig zu erklären oder eine bestimmte Art ihrer Durchführung zu untersagen. Ferner kann die Regierung anordnen, daß Parteien von Verträgen zurücktreten können, die unter den beanstandeten Voraussetzungen abgeschlossen wurden. Eine weitere wichtige Waffe enthält der Paragraph 2 der Notverordnung, nach dem die Regierung die Eingangszölle für zollpflichtige Waren, auf die sich die beanstandeten Bindungen beziehen, herabsetzen oder aufheben kann. Abgeschwächt wird diese Maßnahme durch Paragraph 3, nach dem vor Erlass einer solchen Maßnahme die beteiligten Wirtschaftskreise zu hören sind. Auch soll der Vorläufige Reichswirtschaftsrat um eine gutachtliche Stellungnahme ersucht werden.

Auch das beste Gesetz kann wenig nützen, wenn behördliche Stellen es zur geeigneten Zeit nicht anzuwenden wissen. Es verlautet, daß die Regierung gegen bestimmte Kartelle und Monopole vorzugehen beabsichtigt, in erster Linie gegen die Preisregelung für Warenartikel, die Preisbildungen für die zweite und dritte Hand, die Prüfung der Verkaufspolitik der Brittenverbände, des Linoleumtrusts, der Zementkartelle usw. Die Regierung hat also greifbare Dinge vor sich, die durchaus geeignet erscheinen, die neue Kartellordnung auf ihre Wirksamkeit zu erproben.

In den nächsten Wochen ist Gelegenheit gegeben, über die Taten der Regierung Abrechnung zu halten. Obwohl wir davon überzeugt sind, daß keine Partei ohne eine fühlbare Steuerlast auskommen kann, will es uns nicht einleuchten, daß die Minderbemittelten die Hauptlast bei all dem tragen sollen. An eine notwendige Rücksichtnahme auf die Hand- und Kopfarbeiter hat es die Regierung fehlen lassen. Dafür muß sie am 14. September ihre Quittung erhalten.

„W. R.“

100 Millionen für den Reichsfinanzminister.

Auf Milliarden schätzt man die Summe, die steuerpflichtige Kapitalisten ins Ausland verschoben — pardon — dort sichergestellt haben. Wie groß die wirkliche Summe ist, weiß niemand. Aufschlußreich ist jedoch das Kapitel „Strafen für Steuerhinterziehung“:

„Aus einer Uebersicht, die dem Reichstag vom Reichsfinanzministerium zugeleitet worden ist, geht hervor, daß im Jahre 1929 an Geldstrafen bei den Besiß- und Verkehrssteuern 11¼ Millionen und bei Zöllen und Verbrauchsabgaben 89 Millionen, zusammen also rund 100 Millionen Markt, festgesetzt worden sind. Bei den Besiß- und Verkehrssteuern handelt es sich um rund 26 800 Fälle, bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben um 13 200 Fälle, woraus sich ergibt, daß die Höhe der einzelnen Geldstrafen bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben ein Vielfaches der Steuerstrafen beträgt. Während der Durchschnittsbetrag der Steuerstrafen nicht höher als 425 Markt ist, beträgt er bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben nahezu 7000 Markt. Ganz oder teilweise erlassen wurden die Geldstrafen in 5450 Fällen.“

Nimmt man an, was wohl nicht unberechtigt ist, daß erstens damit nur ein ganz kleiner Teil der Steuerhinterzieher erfaßt worden ist und zweitens, daß es sich in der Hauptsache nur um

kleine und mittlere Betriebe handelt, die sich keinen sogenannten Steuerfachverständigen und -bearbeiter leisten können, dann kann man ermaßen, wie hoch die wirklich hinterzogenen Summen sind. Bei den Großen, den Aktiengesellschaften usw., da geht ja alles ordentlich zu. Selbstverständlich, die legen ja ihre Bilanzen öffentlich auf.

100 Millionen an Strafen wurden verhängt. Werden sie in der Praxis auch erfaßt werden? Wie wäre es mit einer Radikalkur, Herr Reichsfinanzminister, wenn Sie durch Gesetzesvorlage die Offenlegung der Steuerlisten und den Revisionszwang der Aktiengesellschaften verlangten? Es soll sogar Länder geben, in denen man diesen Fortschritt schon kennt. Proletus.

Unsern Mitarbeitern zur Beachtung!

Ueber dieses Thema brachte Friß Nummer in der „Metallarbeiter-Zeitung“ einen Aufsatz, aus dem wir im Auszug das folgende — da es auch für uns Interesse hat — wiedergeben:

Mancher unserer Leser, der arbeitslos oder kurz arbeitet, will seine unfreiwillige Muße durch Schriftstellerei verwerten. Das ist sehr erfreulich, denn schriftstellerischen Nachwuchs kann unsere Zeitung gut gebrauchen. Um den schmalen Engpaß zum Erfolg ein wenig zu weiten, sei folgendes geraten:

Der angehende Schriftsteller muß mit dem Studium der Sprache und dem Lesen sprachlich guter Bücher beginnen. Bücher, deren Sätze man mehrmals lesen muß, um hinter ihren Sinn zu kommen, und Bücher, die ein Verdeutschungsbuch erfordern, lasse man ungelesen. Sie verderben nur das natürliche Sprachgefühl. Ist das Sprachstudium eine Zeitlang gründlich betrieben worden, dann kann man versuchen, etwas für die Zeitung zu schreiben. Doch ja nicht mit Dichtungen oder Phantasiageschichten anfangen! Um es hierin zu etwas zu bringen, muß man schon ein Großer sein im Reiche der Sprache und des Stils, des Fabulierens und des Gestaltens. Das setzt eine gediegene Vorbildung und eine Umgebung voraus, die uns meist fehlen, und eine natürliche Gabe, die nur wenigen Menschen beschieden ist.

Der Arbeiter-Schriftsteller hat dem vom Bürgertum stammenden Schreibern einen gewichtigen Vorteil voraus: er steht von Kindesbeinen an im Strome des wirklichen Lebens, in dem Leben, in dem Drama und Lustspiel, Ernst und Komik, Unverstand und Wißbegierde, Liebedienerei und Freiheitsdrang in unendlicher Mannigfaltigkeit miteinander wechseln. Das wirkliche Leben ist der Born, aus dem der gediegenste Stoff für die darstellende Kunst sprudelt. Aus diesem Born muß der Arbeiter-Schriftsteller schöpfen und hieraus kann er auch am tiefsten schöpfen. Leider wird das viel zu wenig getan. Eine Ummenge von Abschreibern bezeugt es. Die Arbeit des Schriftstellers muß, soll sie wirksam, eindrucksvoll sein, nicht nur aus Worten bestehen, sondern sie muß den Leser etwas hören und sehen, etwas erleben lassen. Das setzt voraus, daß der Stoff nicht vom Zwischenhändler bezogen ist, sondern aus erster Quelle, vom wirklichen Leben.

Dieser Quelle entströmt brauchfertiger und leicht bildfähiger Werkstoff im Ueberfluß: das Ringen um Pfennig und Minute im Betrieb, der hier stets handgreifliche Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, das Erlebnis des Lohnkampfes, der Streit um Lohn und Recht vor Gericht, die praktische Erfahrung im Betriebsrat usw. — das alles ist zur Behandlung vorzüglich geeignet, und niemand ist hierfür besser befähigt als unsere eigenen Mitglieder. Sie sollten also mit der Darstellung von Vorkommnissen und Eindrücken, mit Tatsäch-

lichkeiten des wirklichen Lebens beginnen. Und wenn sie hierin einigermaßen beflissen sind, dann wird sich das Weitere und Höhere vielleicht auch finden, zumal wenn mit dem Schreiben ein eifriges Studium der einschlägigen Wissenszweige und eine scharfe Beobachtung der gesellschaftlichen Zusammenhänge einhergeht.

Für den Mitarbeiter und für die Mitarbeiterin am Verbandsblatt ist der Anfassungserfolg überaus wichtig, denn aus diesem quillt die Freude und die Kraft für die anfänglich recht mühselige Schreibarbeit. Um den Anfang zu erleichtern, ein paar Ratsschläge:

Man verlange im Begleitschreiben an die Schriftleitung nicht, daß der „interessante Artikel in der nächsten Nummer und ohne jede Änderung“ gebracht werden muß. Den ersten Wunsch vermag selbst der geneigteste Schriftleiter nur selten zu erfüllen, und den letzten wird er oft nicht erfüllen dürfen, will er dem Ruf des Einsenders nicht schaden. Man berufe sich auch nicht auf irgend etwas, z. B. auch nicht auf diesen Aufsatz zur Anregung für Mitarbeit, sondern lasse seine eigene Arbeit für sich selbst sprechen. Soll jedoch die Arbeit gut ansprechen, dann schreibe man nicht auf Pappe, Packpapier oder alte Flugblätter, sondern auf reines und nicht zu dickes Papier. Für die Erhöhung der Posteinnahmen durch Straportozahlungen lasse man andere sorgen. Als Papiergröße wählt man am besten Oktavgröße. Durch die Wahl von Din-Format und eines dazu passenden Umschlages gibt der Einsender zu erkennen, daß er sich nicht nur in der Werkstatt, wo er muß, sondern auch im privaten Verkehr, wo es freiwillig geschieht, die wirtschaftlich so vortreffliche Normung zu eigen macht.

Unter allen Umständen jedoch schreibe man mit Tinte, nie mit Blei- oder Kopierstift. Man schreibe deutlich, d. h. leserlich. Wer das nicht tut, hat sich's selbst zuzuschreiben, wenn seine Arbeit liegen bleibt. Man entschuldige seine eilige und schlechte Schrift nicht mit Zeitmangel. Eine solche Ausrede darf besonders der Anfänger nicht gebrauchen. Vor allem er muß auf gediegene Arbeit, saubere Sprache und lesbare Schrift bedacht sein.

Immer muß Name und Wohnung des Einsenders deutlich am Kopfe des Aufsatzes angegeben sein. Davon scheinen viele leider nichts zu halten, und sie wundern sich dann, wenn ihnen keine Antwort wird. Man lege jedem unbestellten Aufsatz einen postfertigen Umschlag bei. Wenn dieser fehlt, nimmt die Schriftleitung an, daß der Einsender auf die eventuelle Rücksendung keinen Wert legt. Wer allgemeine gewerkschaftliche oder Verbandsfragen in der Zeitung behandeln will, muß den Nachweis der Verbandsmitgliedschaft beifügen (Buchnummer!). An unseren gewerkschaftlichen Einrichtungen mitzusprechen sind nur Mitglieder befugt, keineswegs aber Nichtorganisierte oder „Sympathisierende“.

Wer das alles beachtet und wer dabei etwas zu fagen weiß, der wird auch Erfolg haben!



Zur Unterhaltung

Ausgestoßen.

Von Eugen Ljchirito w.
(2. Fortsetzung.)

Mitka drehte das Köpfchen zur Seite und bohrte keine Augen unverwandt in den Raum.

Blau, blau, alles blau. Vor den Augen wird es bald dunkel, bald hell. Alles dreht sich, alles zittert, schwankt. Etwas flimmert vor den Augen. Lange Stangen gleiten schnell vorüber. Und unter den Stangen liegen Menschen. Ihre Gesichter sind blau, ihre Hände dünn. Sie liegen in weißen Kitteln. Nein, das sind nicht Stangen, das sind Kreuze — Kreuze und Tote. Und neben ihm auch noch ein Toter, blau und mager. Er stöhnt, er bewegt sich. Er will sich erheben... Mitka packen...



Ein verzweifelter Schrei tödlichen Schreckens hallte durch den stillen Krankensaal. Mitka war von neuem in Bewußtlosigkeit gefallen.

Traurig war Mitkas Leben bisher gewesen. Einen Vater besah er nicht, er hat nur einen „Erzeuger“ gehabt. Mitka hat ihn nie gesehen und wird ihn nie sehen, da selbst seine Mutter Awdotja diesen „Erzeuger“ nicht mit Bestimmtheit hätte nennen können.



Das Soldatenweib Awdotja, deren Mann irgendwo in Taschkent oder Samarkand verschollen sein sollte, war eines Tages aus dem Dorf an die Flussmündung übergesiedelt und in der Mäucherei irgend eines der dort ansässigen Fischkönige als Arbeiterin eingetreten. Sie war ein stattliches Weib, rotwangig, schwarzhäutig, und „Erzeuger“ gab es in der Mäucherei genug: der Direktor, seine halberwachsenen Söhne, junge Leute von 18 bis 20 Jahren, Kommiss, der Inspektor, der Aufseher, die Wächter, die „Kapitäne“ der Dampfer und Boote, Gäste aus der Stadt — alles sehr lustige Herrschaften, die das Leben nur von seiner angenehmen Seite zu genießen liebten. Kein Wunder, daß das Soldatenweib Awdotja nicht mit Sicherheit sagen konnte, wer der Urheber von Mitkas Existenz sei!

Mitka war eben, wie man sich ausdrückte, „vom Fischereibetriebe“.

Viele „Erzeuger“ hatte es nach der schwarzhäutigen Awdotja gelüftet; einer von ihnen hatte sie als eine Art Köchin zu sich genommen. Aber als Awdotja „Gewicht“ bekam, gab ihr der „Erzeuger“ einen Zehner und befahl ihr, sich schleunigst zum Teufel zu scheren.

Es war Winter. Weiter als bis zur nächsten Stadt durfte sie sich außerdem in ihrem Zustande nicht wagen. Sie packte also ihre Habfeligkeiten in einen Sack, fuhr in die Stadt und gebar hier das „Fischereibetriebskind“ Mitka.

Die „Fischereibetriebskinder“ sind die unglücklichsten der Unglücklichsten. Ungebeten erscheinen sie auf Gottes Welt, aber ebenso schnell verlassen sie diese auch als Opfer des Scharlachs, der Diphtheritis oder irgendeiner anderen Infektionskrankheit, die die Kinder in der feuchten, ungesunden Niederung in Menge dahinflaßt.

Selten bleibt solch ein „Fischereibetriebskind“ am Leben... Mitka war solch eine Seltenheit.

Awdotja gab ihr Kind für zwei Rubel monatlich in Pflege, während sie selbst als Amme in ein reiches, „anständiges“ Haus trat, wo sie ein anständiges Gehalt erhielt. Aber bald passierte der schwarzhäutigen Awdotja auch hier ein Unglück; die gnädige

Frau glaubte zu bemerken, daß Awdotja den gnädigen Herrn in Versuchung zu führen suchte, und jagte die Amme fort, wobei sie alles zerbrochene Geschir und den Preis eines Kopfsputzes, den sie ihr geschenkt hatte, vom Gehalt abzog.

Awdotja kehrte nach der Niederung zurück und trat wieder in die Mäucherei ein; freilich, das Leben hier behagte ihr jetzt nicht mehr.

Solch eine Arbeiterin hat weder Tag noch Nacht Ruhe: ununterbrochen sitzt sie in groben Bauernhosen im Schuppen und nimmt Fische aus. Behend gleitet das scharfe, breite Messer den Fisch entlang, noch behender gleiten die fünf Finger in den Fisch hinein und reißen die Eingeweide heraus, aber der Berg Fische neben ihr wird nicht kleiner. Auf den Brettern, die vom Flußufer bis in den Schuppen gelegt sind, rollen ununterbrochen in langen Reihen die mit Fischen gefüllten Karren hin und her. Im Schuppen angekommen, werden sie ungekippt, entleeren ihren Inhalt auf die Erde, wo schon ein ganzer Berg silbernen schimmernder Fische sich häuft, und laufen wieder ans Ufer, um gefüllt zurückzufahren. Der Weg ist mit zwei Brettern belegt: auf dem einen rollen die Karren zum Schuppen, auf dem anderen zurück.

Die Kinder legen den Arbeiterinnen die Fische auf die Bank. Man schneidet, man schneidet — und es wird nicht weniger. Der gekrümmte Rücken schmerzt derart, daß es schwer fällt, ihn gerade zu biegen. Das Kreuz schmerzt und zieht; vor den Augen wogt es wie Nebel; die Hände sind mit Schnittwunden bedeckt, und der Fischschleim und die Schuppen brennen und äßen die Wunden.

Awdotja läßt einen Augenblick das Messer sinken, um den Rücken gerade zu biegen und einmal tief Luft zu holen, aber im nämlichen Augenblick ist schon der böse Aufseher da.

„He du!... Was hältst du da Maulaffen feil?“

„Ich... Wassil Petrowitsch... nur ein bißchen ausruhen... Der Rücken ist wie gelähmt...“

„Nachts kannst du ausruhen... Prinzessin!... Komm abends zu mir.“

Der Aufseher zwintert mit den Augen und zieht den Mund schief. Rundherum beginnt man zu lachen und zu grinsen.

Und Awdotja fühlt sich beschämt, getränkt, verleßt. Sie möchte den Aufseher am liebsten durchprügeln, doch sie darf nicht.

Wenn das „Einsätzen“ anfängt, dann wird es noch schlimmer. Man steht im kalten, halbfinsternen Keller, in den von oben die Fische hinabgeworfen werden. Die Fische müssen nach einer bestimmten Ordnung in die Tonne gelegt werden, einer dicht an den anderen, sodas ein „Stern“ entsteht. Tausendmal muß man sich bücken und wieder in die Höhe richten. Wenn man einen „Stern“ gelegt hat, kommt von oben ein Hagel Salz. Unter den Füßen bildet sich Laie. Sie durchdringt die ledernen Schuhe, die Füße beginnen zu jucken, so daß man sich die ganze Haut abtragen möchte. Wenn man zum Unglück noch Löcher in den Kleibern hat, dann gibt es überhaupt kein Mittel mehr: es juckt, es juckt, so daß man glaubt, den Verstand zu verlieren! Und oben prickelt das Salz auf Gesicht und Hals, unten juckt es an den Füßen, der Rücken ist ganz abgestorben, und die Finger sind vor Kälte steif und schmerzen. Und so vom frühen Morgen bis in die späte Nacht: in der „Saison“ läßt man den Arbeiterinnen kaum Zeit, Mittag zu essen und den Rücken geradezubiegen.



Wenn man auch wirklich wie ein Stück Vieh arbeitet, mehr als drei Rubel — wenn viel, ein Fünfer — mehr bleibt niemals... Und dann muß man noch allen zu Willen sein, dem Verwalter, dem Inspektor, dem Aufseher, kurz, jedem Schafskopf — und warum? Nur weil Gott einem in seinem Zorn mit einer hübschen Frage hat zur Welt kommen lassen!

Kein Wunder, daß man bald jede Lust zu solcher Arbeit verliert!

Schlechter kann es nicht werden, dachte auch Awdotja, als sie diesen Beruf gegen einen anderen vertauschte, im Gegenteil — hier gibt es keine Ruhe, weder Tag noch Nacht, Arbeit die Menge, Verdienst großenteils, während man dort doch wenigstens frei ist. Na und ein paar Kopfen verdient man auch. Und was die „Sünde“ betrifft, die ist hier ja viel größer: dort kann man doch nach eigenem Belieben... aber hier...?

Bald konnte sich Awdotja einen hübschen Mantel, Schuhe, Sonnenschirm und ein weißseidenes Kopftuch kaufen.

Um ihren Mitka kümmerte sie sich fast gar nicht, obwohl sie der Alten, der sie ihn übergeben hatte, regelmäßig jeden Monat zwei Rubel Kostgeld gab und sogar aus freien Stücken noch einen Rubel zulegte. Natürlich, jetzt war Mitka überflüssig — er war ihr sogar im Wege. Aber eines Tages überfiel Awdotja eine ganz unmotiviert Schwermut. Sie nahm eine Droschke und fuhr Mitka besuchen. Sie weinte und heulte, nahm den Knaben mit sich in ihre Wohnung und schwur, sich nie mehr von ihm zu trennen. Aber bald ging die Schwermut vorüber, Awdotja wurde wieder lustig und Mitka war ihr wieder im Wege. Nichts als Arbeit und Mühe hatte sie mit ihm.

Schon nach zwei Wochen brachte sie ihn wieder zu der nämlichen Alten.

„Nanu, Mütterchen, bist du feiner schon überdrüssig?“

„Ja, es ist besser so. Besser, daß er bei dir bleibt.“

„Natürlich besser! Nur... hm... jetzt ist er schon groß... drei Jahre, im vierten... drei Rubel sind jetzt etwas wenig, gnädige Frau.“

Diese „gnädige Frau“, schmeichelte Awdotja. „Ich werde dir fünf Rubel geben. Das wird doch genug sein?“

„Sehr genug. Fünf sind genug, gnädige Frau. Sehr genug, Täubchen!“ (Fortsetzung folgt.)

Gottfried Keller.

Keller war ebenso einfüßig wie sein großer Freund Arnold Böcklin. Wenn sie sich beim Abendtrunk trafen, drückten sie sich schweigend die Hand, zündeten sich schweigend die Zigarren an, sprachen dem Glase eifrig zu und verfielen in tiefes Sinnen, bis sich dann nach etwa zwei Stunden Meister Gottfried erhob und von dem Freunde mit den Worten Abschied nahm:

„So gut habe ich mich schon lange nicht mehr unterhalten.“

Wenn ein junger Bewunderer sich zu den beiden Unsterblichen an den Tisch setzen durfte, tat er am besten, den Mund zu halten, und erhielt dann wohl von Keller das Lob:

„Sie sind wirklich ein netter junger Mann.“

Wenn Gottfried Keller in seinem Gärtchen zwischen den Beeten mit einer unförmigen Gießkanne hin- und hertrippelte oder sich sonst zu schaffen machte, wollte er nicht gestört werden. Blick da ein guter Nachbar über die Hecke und ruft freundlich:

„Guten Tag, Herr Staatschreiber! Bei dem herrlichen Wetter heute werden Sie gewiß ein schönes Gedicht gemacht haben.“

„Ich hab mit meiner Schwester einen ganzen Topf Senfgurken eingemacht“, murrte Keller dagegen.



Helf!

Gewiß, du wirfst der Armut eine Münze in den verweinten Hut. — Kauffst du dich los vom Alp der Angst, du könntest einst so stehn, aufs Mitleid angewiesen? Eher stopfst den Mund des Aetna eine Handvoll Sand — als solch ein Brocken Geld den Schlund der Not.

Was du am Rand der Straße siehst und fütterst — ist nur das Antlitz deiner eignen Pein. So — ohne Glieder, so verwaist, so arm frierst du vor dem Gefühl! Du bist der Bettler!

In immer neuer Maske hinkst du dir auf jedem Weg entgegen. Unentzinnbar, bis du dein Herz in die erfrorenen Hände der Liebe legst und dich erkennst im andern — in dem Bruder, den die gleiche Mutter gebar zu gleichem Anrecht auf das Leben.

Oh! Wie die Sonne nicht mit Strahlen geizt — wie sie nicht ruht, bis vom erstarren Siebel der letzte Eiszapf schmolz — und aus dem Schnee des dürftigen Stadtparks Anemonen schauen — so liebe du!

Dann wird verzerrte Qual an allen Ecken im zerlumpten Kleid sich glätten, und wo Leierkasten spielten — ein Atmen reicher, wärmerer Menschentage wie leiser Frühling durch die Tränen pochen —.

(Diesen Hilferuf, den wir der „Frankf. Ztg.“ entnehmen, richtete Friß v. Unruh anlässlich einer Frankfurter Werbewoche zugunsten der Erwerbslosen an die Beteiligten.)

Es geht um die Sozialpolitik.

Als die derzeitige Regierung ans Ruder kam, tobte gerade jener Denkschriftenkrieg, den der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände entfesselt hatten. In diesen Denkschriften forderden die Unternehmer die Einschränkung der sozialpolitischen Errungenschaften. Vor allem waren es die sogenannten sozialen Lasten, denen man energisch entgegentrat. Die Regierung Hermann Müller war ja auch mit wegen einer sozialpolitischen Maßnahme, nämlich der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung und der Beseitigung der sogenannten Auswüchse derselben, gestürzt worden.

Die Unternehmer sahen in der Regierung Brüning das Mittel, ihren Standpunkt in der Sozialpolitik zur Geltung bringen zu können. Diese hat sich denn auch eifrig bemüht, sich der Gunst der Unternehmer durchaus würdig zu erweisen. Mit dem Schiedspruch von Deynhäusen begann jene große Offensive zu einer allgemeinen Kürzung der Löhne und Gehälter. Die Preislenkung, die damit einhergehen sollte und

zur Anturbelung der Wirtschaft gedacht war, läßt noch heute auf sich warten. Dies um so mehr, da man die mächtigen Interessenorganisationen wie die Kartelle und Truste unbehelligt ließ. Desto mehr ging man jedoch daran, die Sozialversicherungsinstitute in ihrer Wirksamkeit zu beschneiden und ihnen die finanziellen Mittel zu entziehen. Die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, die sog. Reform der Krankenversicherung, die Verkürzung der Zuschüsse für Invaliden und Wöchnerinnen u. a. m. lassen den reaktionären Einschlag der Brüning-Regierung sehr deutlich hervortreten. Sie halte ein offenes Ohr für die Wünsche der Unternehmer, sie stellte sich jedoch taub, wenn ihr von den Gewerkschaften begründete Einwendungen entgegengehalten wurden. Die Regierung Brüning ist von einem Zentrumsabgeordneten einmal als die reaktionärste Regierung der Republik bezeichnet worden. Mit dieser Kennzeichnung hat der betreffende Zentrumsmann ins Schwarze getroffen.

Will die Arbeiterklasse ihre sozialistischen Interessen wahren, dann muß sie in breiter Front jene Pläne zu verhindern suchen. Man täusche sich nicht: sie waren erst der Anfang zu der großen Offensive, die darin auslaufen sollte, die Errungenschaften der Nachkriegszeit vollständig zu beseitigen. Der Ausgang der kommenden Wahlen wird das Schicksal der arbeitenden Klasse bestimmen. Niemals war die Gelegenheit günstiger, politisch Abrechnung mit dem reaktionären Flügel zu halten als am 14. September.

Zur Reform der Krankenversicherung.

Es wird wohl mehr Absicht als nur Zufall gewesen sein, daß die Vereinigung der Unternehmerverbände zu demselben Zeitpunkt ihre Vorschläge zur Reform der Krankenversicherung der Öffentlichkeit übergab, als im Reich die Große Koalition, die wesentlich unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stand, durch eine Regierung aller bürgerlichen Parteien abgelöst wurde. Das Unternehmertum weiß nur zu gut, daß eine bürgerliche Regierung ihren Wünschen und Absichten mehr Gehör schenken wird als eine Regierung, in der die Sozialdemokratie eine führende Stellung einnimmt, zumal dann noch, wenn an der Spitze des Reichsarbeitsministeriums ein Vertreter der Arbeiterinteressen steht. Doch nicht allein nur die Aussicht, daß die gegenwärtige Regierung durch ihren sozialreaktionären Charakter ihren Bestrebungen mehr entgegenkommen wird, sondern vor allem auch die ungeheure Wirtschaftskrise, die gegenwärtig auf Deutschland lastet und die 3 Millionen Arbeiter zur Untätigkeit verurteilt, läßt das Unternehmertum sich stark genug fühlen, ihre Pläne zu verwirklichen. Seit Jahren verstimmt die bürgerliche Presse wie auch die der Unternehmer nicht mehr über die „hohen Soziallasten“, die wesentlich mit die Schuld tragen sollen an der Wirtschaftskrise und der Kon-

kurrenzenunfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die Arbeiterklasse würde es bestimmt auch begrüßen, wenn die Beiträge zur Sozialversicherung eine Herabsetzung erfahren würden ohne eine Verminderung der Leistungen. Die Unternehmer sehen jedoch gerade im Abbau der Leistungen die durchgreifendste Reform der Krankenversicherung und ihre Vorschläge lassen dies klar erkennen.

Die Vorschläge der Vereinigung der Unternehmerverbände zeigten vier Arten von Anträgen, und zwar: 1. Anträge, die eine Hebung des Eigeninteresses des Versicherten gegenüber der Krankenkasse erreichen wollen, 2. Anträge, die auf eine Beitragsherabsetzung und auf den Abbau der Leistungen hinauslaufen, 3. Anträge zur Vereinfachung der Verwaltung und zur Senkung der Verwaltungskosten, und 4. Anträge, durch die eine Verstärkung der Rechte der Unternehmer in den Verwaltungen der Kassen erreicht werden soll.

Die Anträge der Unternehmer, die eine Hebung des Eigeninteresses der Versicherten gegenüber den Krankenkassen erreichen wollen, betreffen die Heranziehung der Versicherten zum teilweisen Tragen der Arzt- und Arzneikosten sowie der kleineren Heilmittel. Weiter sollen die Versicherten für die Ausstellung eines Arztcheines eine Gebühr von einer Mark entrichten. Die Unternehmer erstrebten dadurch eine Vermeidung der Inanspruchnahme der Krankenkassen bei Bagatellfällen, vergessen aber ganz die Tatsache, daß schon oft durch die Nichtachtbarkeit unseinerlicher Verletzungen oder sonstiger Unpäßlichkeit durch eintretende Komplikationen, die bei einer Inanspruchnahme des Arztes hätten vermieden werden können, die Gesundheit des Versicherten mehr Schaden erleiden kann und dadurch auch die Krankenkasse in größerem Maße in Anspruch genommen werden muß. Ablehnung muß aber auch der Antrag der Unternehmer erfahren, der die Versicherten zum teilweisen Tragen der Kosten für Arzt und Arzneimittel heranziehen will. Gewiß würde ein Rückgang der Sachleistungen für Arznei eintreten, auf der anderen Seite jedoch würde dieser Rückgang erhöhte Barleistungen zur Folge haben, da doch erfahrungsgemäß durch die Verabreichung von Arzneimitteln der Krankheitszustand des Versicherten gebessert und die eingetretene Arbeitsunfähigkeit eher behoben wird. Dazu kommt noch, daß den Versicherten nicht zugemutet werden kann, von ihrem geringen Einkommen Ausgaben zu machen, durch die ihre Lebenshaltung noch weiter heruntergedrückt wird. Die Unternehmer vergessen auch hier die Tatsache oder übersehen sie absichtlich, daß heute das Einkommen der Arbeiterschaft kaum noch ausreicht, die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu erfüllen und daß noch weniger Ersparnisse gemacht werden können.

Beiträge und Leistungen sollen nach den Anschauungen der Unternehmer die beste Möglichkeit für eine durchgreifende Reform der Krankenversicherung bieten. Der Grundlohn soll auf die Höchstgrenze von 9 Mk. für den Arbeitstag festgelegt werden, während der Mehrverdienst außer Ansatz bleiben soll. Auch hier vergessen die Unternehmer ganz, daß die Einnahmen dadurch wesentlich niedriger werden würden, für alle Versicherten die Sachleistungen jedoch, die annähernd die Hälfte der Ausgaben ausmachen, gleich bleiben, wenn auch die

Barleistungen eine Ermäßigung erfahren würden. Eine große Leistungsverminderung würde die unausbleibliche Folge sein, die für die Versicherten wie auch für die Volksgesundheit überhaupt völlig untragbar ist. Eine weitere Folge der Beitragsermäßigung durch die Grundlohngrenze ist die Unterversicherung der höher bezahlten Angestellten- und Arbeitergruppen gegenüber den minderbezahlten Gruppen. Während die höher bezahlten Gruppen nur bis zur Grundlohngrenze zur Beitragsleistung herangezogen werden, ihr Mehrverdienst jedoch außer Ansatz bleibt, würden die minderbezahlten Gruppen Beiträge aus ihrem vollen Arbeitsverdienst zu entrichten haben. Der Gedanke des sozialen Ausgleichs müßte naturgemäß darunter leiden.

Ganz besondere Aufmerksamkeit muß die Arbeiterchaft den Anträgen schenken, die eine Vereinfachung der Verwaltung und eine Senkung der Verwaltungskosten zum Ziele haben. Das Mitbestimmungsrecht der Versicherten würde wesentlich eingeschränkt werden, wenn die Anträge der Unternehmer Gesetz würden, nach denen die Zahl der Ausschußmitglieder in ihrer bisher zulässigen Höhe von 90 auf 30 verringert werden sollen. Bei großen Rassen mit 50 000 bis 100 000 Mitgliedern und noch darüber hinaus wäre dies ein ganz unhaltbarer Zustand.

Durch weitere Anträge soll auch die Möglichkeit zur Bildung weiterer Betriebskrankenkassen gegeben werden. Während bisher zur Bildung von Betriebskrankenkassen die Zustimmung der Versicherten oder der gesetzlichen Betriebsvertretung notwendig war, soll dies für die Folge in Wegfall kommen. Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung wären gewiß nicht die Folgen dieser Bestrebungen, denn daß große Rassen leistungsfähiger sind als Betriebsklassen und andere Zwergkrankenkassen ist eine allgemein bekannte Tatsache. Hand in Hand mit diesen Bestrebungen erhoffen die Unternehmer eine Verstärkung ihrer Rechte in den Verwaltungen der Krankenkassen, um dadurch einen größeren Einfluß auf die Krankenversicherung zu gewinnen.

Die Anträge der Unternehmer lassen erkennen, wie sich die Unternehmer die Reform der Krankenversicherung denken. Beitragsermäßigung und Leistungsabbau verbunden mit einer Verstärkung ihrer Rechte in den Verwaltungen der Krankenkassen ist ihr Ziel. Die Entscheidung hängt ab von der künftigen Gestalt des Reichstags. Pflicht eines jeden ist es, mitzuhelfen, daß die Pläne der Unternehmer vereitelt werden. **Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterchaft muß die Antwort der Arbeiterchaft auf die Denkschrift der Unternehmer sein.**

Max Remmlinger, Stuttgart.

Beitrags hinterziehungen.

Es gibt genügend Unternehmer, die so gewissenlos sind, daß sie die Beiträge für die Sozialversicherung einfach nicht abführen oder für sich verwenden. Nach der Reichsstrafstatistik erfolgten 1925 wegen derartiger Vergehen 747 Verurteilungen, im Jahre 1927 waren sogar 3717 Verurteilungen notwendig.

Aus diesem Grunde hat der preußische Justizminister eine Verfügung erlassen, nach der diesen Vergehen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Der Minister ersucht die Strafverfolgungsbehörden, bei ihren Anträgen zum Strafmaß auf die Höhe der vorenthaltenen Beträge Gewicht zu legen und den Umfang des dem Versiche-

rungsträger zugefügten Schadens zu beachten, der diesem daraus erwächst, daß er seine Leistungspflicht nicht erfüllt, dabei aber in die Gefahr kommt, seine Rechte zu verlieren — Diese Aufmerksamkeit der Behörden gegenüber den gewissenlosen Beitrags hinterziehern ist zu begrüßen.

Was muß man von der Volksfürsorge wissen?

Die Volksfürsorge ist ein von den Gewerkschaften und Genossenschaften im Jahre 1912 gegründetes Versicherungsunternehmen, um eine gute und billige Lebens-

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen. Eure im Lehrverhältnis sich befindenden Söhne gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes

versicherung zum Selbstkostenpreise zu bieten. Die Gründer haben der Zweckmäßigkeit wegen die Form der Aktiengesellschaft gewählt, durch die Art der Bestellung der Gesellschaftsorgane jedoch Sicherheiten geschaffen, daß sie nicht eine Aktiengesellschaft im üblichen kapitalistischen Sinne werden kann. Auf das Aktienkapital in Höhe von 2½ Millionen Mark sind 1 Million Mark in bar eingezahlt, während für die restlichen 1½ Millionen Mark der Gegenwert in rechtsverbindlichen Verpflichtungen der Aktionäre vorhanden ist. Das Aktienkapital ist je zur Hälfte von den Gewerkschaften und Genossenschaften gezeichnet. Die 7000 Aktien, und zwar 5000 zu 100 Mk. (aus der Inflation gerettet) und 2000 zu 1000 Mk. (beschlossen im November 1927), bleiben in den Händen der Gewerkschaften und Genossenschaften, sie dürfen nicht an der Börse gehandelt und nur mit Zustimmung von Vorstand und Aufsichtsrat der Volksfürsorge übertragen werden. Durch diese Bestimmungen ist die Garantie gegeben, daß der gewerkschaftlich-genossenschaftliche Charakter der Volksfürsorge nicht verwischt werden kann.

Die Organe der Gesellschaft sind: 1. Generalversammlung. 2. Aufsichtsrat. 3. Vorstand. Diese Körperschaften, je zur Hälfte von den Zentralen der Gewerkschaften und Genossenschaften besetzt, entscheiden in allen wesentlichen Fragen. Diese Einrichtung gewährleistet den demokratischen Charakter des Unternehmens.

Nach dem Organisationsstatut der Volksfürsorge werden auch die örtlichen Verwaltungskommissionen, die zur Ueberwachung und Förderung der Rechnungsstellen gebildet sind, je zur Hälfte aus Funktionären der Gewerkschaften und Genossenschaften zusammengesetzt. Auch hierdurch wird bewiesen, daß die Gründer sich des demokratischen Charakters der Volksfürsorge bis in seine letzten Konsequenzen hinein bewußt gewesen sind.

Nach dem Grundsatz, die Versicherung zum Selbstkostenpreis zu bieten, versteht es sich von selbst, daß die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Volksfürsorge weder Dividenden noch Tantiemen und die Aktionäre (also die Gewerkschaften und Genossenschaften) für ihr Aktienkapital, soweit es in bar eingezahlt ist, eine nur mäßige Verzinsung erhalten; diese darf nach dem Gesellschaftsvertrag höchstens 5 Proz. betragen. Ebenso selbstverständlich ist es, daß der gesamte Ueberfluß nach Abzug der gesellschaftsvertragsmäßig vorgesehenen Reserven den Versicherten als Gewinnanteile zugute kommt, der mit Zinsen und Zinseszinsen im Versicherungsfalle mit zur Auszahlung kommt und die tarifmäßige Verzinsungssumme erheblich steigert.

Es charakterisiert die auf dem Gebiete des Versicherungswesens bestehende Unkenntnis weiter Volkstriebe, daß sich der Versicherungslandwirt bei Abschluß einer Versicherung die Frage vorlegt, ob er durch den beabsichtigten Abschluß ein „Geschäft“ macht oder nicht. Zu diesem Zwecke pflegt er sich auszurechnen, wieviel während der gesamten Versicherungsdauer an Prämien eingezahlt und wieviel nach regulärem Ablauf der Versicherung an Versicherungssumme ausgezahlt wird. Eine derartige Rechnung ist falsch und wird dem Wesen der Versicherung in keiner Weise gerecht.

Die Lebensversicherung kann nicht verglichen werden mit einer Sparkasse, sondern nur mit Einrichtungen, bei denen das Risiko eine wesentliche Rolle spielt, z. B. mit der Feuer-, Kranken- und Unfallversicherung. Bei diesen Versicherungsarten fällt es keinem Menschen ein, eine derart vergleichende Rechnung aufzustellen, denn man weiß nicht, ob jemals der Versicherte erkrankt, einen Unfall oder einen Brandschaden erleidet. Hier sind unter Umständen die Jahre hindurch gezahlten Prämien „umsonst“ geleistet. Nur dafür, daß man überhaupt versichert gewesen ist, daß heißt, das Risiko auf die Versicherungsunternehmen abgewälzt hat, sind die Beiträge geleistet worden.

Die Sparkasse nimmt Beträge entgegen, verzinst sie und schlägt die Zinsen in bestimmten Zwischenräumen zum Kapital. Bei eintretendem Bedarf des Sparerers kann die Sparkasse natürlich nur den Betrag auszahlen, der einschließlich der aufgelaufenen Zinsen jeweils vorhanden ist. Ganz anders die Versicherungsgesellschaft! Diese hat sich dem Versicherungsnehmer gegenüber bei Abschluß der Versicherung auf Grund der Versicherungsbedingungen verpflichtet, die beantragte Versicherungssumme nicht nur bei Ablauf der Versicherung auszus zahlen, sondern auch bei vorher eintretendem Tod, gleichgültig, wieviel Prämien bis zu diesem Zeitpunkt entrichtet waren. Beim Tode durch Unfall wird die Versicherungssumme sogar doppelt gezahlt, sofern die monatliche Prämie mindestens 2 Mk. betragen hat und der Tod innerhalb zweier Monate nach dem Unfallereignis eintrat.

Nach diesen Ueberlegungen darf bei der Beurteilung einer Lebensversicherung nie außer acht gelassen werden, daß die Gesellschaft nach den Bedingungen bei vorherigem Tod des Versicherten in jedem Falle die volle Versicherungssumme zu zahlen hat, gleichgültig, wieviel der Versicherte an Prämien bis zu seinem Tode hat leisten können. Durch die Lebensversicherung haben die Angehörigen des Versicherten die Beruhigung, sich an beiführendem Tode ihres Ernährers durch eine größere Summe vor der ersten Not und Sorge geschützt zu sein.

Der 5. Bezirkstag des Bezirks Ostpreußen.

Der Bezirkstag Ostpreußens fand am 12. und 13. Juli in Königsberg i. Pr. statt. Die Tagung beschäftigte sich mit dem Geschäftsbericht, den Berichten der Delegierten, mit einem Referat über „Unsere Wirtschaftslage und die Aufgabe der Gewerkschaften“, mit unserem Gau- und Verbandstag und mit Anträgen und der Festsetzung des nächsten Bezirkstages.

Kollege Kohnert begrüßte die Kollegen, die aus Tilsit, Insterburg, Treuburg, Allenstein, Ortelsburg und Elbing anwesend waren. Ein besonderer Gruß galt dem Führer des Gauwes, dem Kollegen Lemser-Berlin. Lyst, Pr. Holland und Heilsberg waren nicht vertreten. Lemser übermittelte die Grüße des Gauvorstandes und wünschte der Tagung vollen Erfolg. Dann sang die Versammlung gemeinsam ein Lied, das eigens diesem Tage gewidmet war.

Hierauf erstattete Kollege Kohnert den Geschäftsbericht. Trotz der prekären Lage und der großen Arbeitslosigkeit ist das Bild der Zusammengehörigkeit ein geschlossenes, und die Erfolge des letzten Jahres können sich schon sehen lassen. Die Veranstaltungen, die in Königsberg stattfanden, sind immer gut besucht gewesen. Drei Lohnstreikzettel sind für uns günstig gelöst worden. Die Zahlstelle Königsberg selbst trankt an einer Vorstandstrise. Dieses Uebel, das die Zahlstelle von Jahr zu Jahr verfolgt, hatte auch in diesem Jahre mehrere Versammlungen resultatlos beschäftigt. — Dann berichtete Kohnert von einem Streitfall bei der Fa. Quack, Königsberg, die einen Kollegen aus belanglosen Gründen entlassen hatte. Die eingeleitete Klage fiel für uns ungünstig aus. — Ein ähnlicher Fall ereignete sich in Elbing, doch ist dort der betreffende Kollege wieder eingestellt worden, hat aber einige Nachteile mit in den Kauf nehmen müssen, die er jedoch in einiger Zeit wieder aufzuholen hofft.

Vom Jubiläum der Königsberger Kollegen Krüger, Böh und Schmidt, das einen Höhepunkt in der Reihe der Veranstaltungen unserer Zahlstelle darstellte, und einer Elbinger Versammlung, bei der sämtliche dreizehn Kollegen anwesend waren, ging Kohnert zum Thema „Agitation“ über. Er konnte feststellen, daß es nunmehr gelungen ist, in Marienwerder festen Fuß zu fassen und zwei Lehrlinge zu organisieren, dem bald ein dritter folgen wird. Es ist zweckdienlich, bei einer Agitationsreise auch diesen Ort zu berühren, um die jungen Leute mit den Vorleuten unseres Verbandes vertraut zu machen. Die Agitation im Bezirk ist schwierig, doch wird nichts unversucht bleiben, um weiterzukommen. Der praktische Kursus der Königsberger Lehrlingsabteilung war im ganzen schwach besucht, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß die meisten Jungkollegen ausgelernzt haben. Auch fehlte ein Lehrlingsleiter, so daß der Vorstand die Sache in die Hand nehmen mußte. Wir werden aber hier nicht verzagen und im Herbst mit einem neuen Kursus beginnen.

Es ist geradezu trostlos, daß Königsberg durchschnittlich 20 Arbeitslose bei nur etwa 45 Berufsangehörigen hat und keine Besserung zu erwarten ist. Man ist vielmehr auf Schlimmeres gefaßt. Die große Not hat dazu geführt, daß in Königsberg ab Dezember v. J. jeder Kollege einen Extrabeitrag in Höhe von 0,20 Mt. pro Woche zu zahlen hat, um damit helfend einzugreifen. Inzwischen hat es sich herausgestellt, daß dieser Betrag viel zu gering ist, die immer größer werdende Arbeitslosigkeit wird seine Höhe selbst revidieren.

Kohnert erstattete dann den Kassenbericht. Der Bezirk zählt augenblicklich 147 Mitglieder. Es ist den Bemühungen des Vorstandes gelungen, unseren Beruf in der Provinz Ostpreußen in die Krisenfürsorge zu bekommen, und zwar ab Dezember 1929. Unsere Arbeitslosen kommen für die Extraaufhebung der Verbandskasse nicht in Frage, da keiner die vorgeschriebene Karenz erreicht hat. Kohnert dankte allen Funktionären für ihre Mithilfe. Königsberg war wie heute so auch früher das Fundament unseres Verbandes im Osten, und als äußerstes Bollwerk haben wir Tilsit, das reiflos organisiert ist.

In der Aussprache erkannte Kollege Lemser die Tätigkeit an, doch ist es ein beschämendes Zeugnis für Königsberg, ohne Vorstehenden zu sein. Er apelletierte an die Kollegenschaft, energisch Abhilfe zu schaffen. Auch Lemser sprach Dankesworte für die ge-

leistete Arbeit. Eine Abstimmung ergab die einmütige Zustimmung der Versammlung zur Weiterführung der Geschäfte durch den Kollegen Kohnert.

Am Sonntagvormittag, 9 Uhr, wurde die Tagung mit dem Punkt: „Berichte der Delegierten“ fortgesetzt. Den Reigen eröffnete Kollege Sichel-Tilsit, der in längeren Ausführungen die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse schilderte. Es sind dort von 15 Kollegen fünf arbeitslos und es besteht keine Aussicht für sie, Arbeit zu bekommen, da das Absatzgebiet, in erster Linie Litauen, fehlt. Was Tilsit sehr zu schaffen macht, ist, daß in einigen Betrieben die Buchdrucker Buchbinderarbeit verrichten, also uns ins Handwerk pfuschen. Es ist mit einigem Erfolg entsprechend vorgegangen worden, doch ganz konnte man dieses Uebel noch nicht austrotten. In Tilsit ist alles organisiert. Straffes Zusammenhalten kennzeichnet die Kollegen auch bei ihren Veranstaltungen und Ausflügen, so daß sie durch zahlreichen Besuch belohnt werden.

Kollege Föllmer-Elbing konnte nichts Neues berichten. Elbings Handwerk steht und fällt mit Elbings Industrie, die ja, wie allgemein bekannt ist, daniederliegt. Die Kollegen sind sämtlich organisiert.

Kollege Matjewski-Insterburg beschränkte sich darauf, mitzuteilen, daß fünf Kollegen und zwei Lehrlinge organisiert und Arbeitslose nicht vorhanden sind. Auch hier herrscht schlechte Konjunktur.

Kollege Endrikat-Trauburg, der als einziger Kollege dort steht, berichtete, daß die auswärtige Konkurrenz die Arbeit fornimmt.

Kollege Demke-Alleinstein berichtete, daß vier Kollegen unseren Verband angehören, die Kolleginnen dem Hilfsarbeiterverband. Arbeitslose sind keine vorhanden.

Kollege Heumann-Ortelsburg teilte mit, daß in den Schulen Buchbinderarbeit hergestellt wird.

In der Aussprache stellte Lemser fest, daß sich im großen und ganzen das gleiche Bild zeige wie im Vorjahr. Er hob dann die emsige Tätigkeit der Tilsiter Zahlstelle hervor und gab seiner Bewunderung Ausdruck, daß betrefis Agitation unter den Kolleginnen in Elbing keine Besserung eingetreten ist.

Der nächste Punkt der Tagesordnung sah einen Vortrag des Kollegen Lemser-Berlin über „Unsere Wirtschaftslage und die Aufgabe der Gewerkschaften“ vor. Der Referent nahm Bezug auf die in den Berichten geschilderten wirtschaftlichen Verhältnisse der Ostprovinz, die erkennen ließen, daß sich der Arbeiter im ständigen Kampf befinde. Obwohl ihm nach der Reichsverfassung ein Recht auf Arbeit gesichert ist, sprechen die gegenwärtigen Verhältnisse eine andere Sprache. Der dem Arbeiter aufgezwungene Kampf ist nicht nur ein Kampf ums Brot, sondern auch ein Ringen nach menschlicher Geltung. Daß unter den traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Arbeiterchaft am meisten leidet, ist erklärlich. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit und die Sorge um das vorzeitige Versagen der Kräfte sowie die Planlosigkeit der heutigen Wirtschaft bereiten dem Arbeiter ein ungeredtes Schicksal. Kollege Lemser zeigte zahlenmäßig, wie seit Dezember 1929 von Monat zu Monat ein ständiges Steigen der Arbeitslosenzahl und ebenso der Kurzarbeiter zu verzeichnen ist, so daß zeitweise etwa 36 Proz. der Werttätigen aus dem Arbeitsprozess ausgeschaltet sind. Als Ursachen dieser unheilvollen Krise ist in erster Linie der Ausgang des Krieges mit seinen Begleiterscheinungen anzusehen. Außerdem erwachte die handelsvertragslose Zeit, die bis 1928 andauerte, sowie auch das Verhalten der Großindustrie und Landwirtschaft die Gefundung unserer Wirtschaft. Vor allem aber sind es Rationalisierung und Mechanisierung, die bis in die mittleren Betriebe ihren Eingang gefunden haben, die die Arbeiter zu größeren Leistungen zwingen und damit große Massen Arbeitskräfte überflüssig machen. Eine Hilfe durch die Regierung in diesen trostlosen Verhältnissen ist nicht zu erwarten, denn diese steht im Abbau der Sozialgesetzgebung und anderen die Arbeiterchaft belastenden Maßnahmen ihre Aufgabe. Zudem hält sie sich bei unseren Gegnern in guter Erinnerung, indem sie diesen Liebesgaben überweist, die die notwendigen Bedarfsartikel der breiten Massen verteuern. Nach allen diesen Tatsachen ist die Arbeiterchaft auf sich selbst angewiesen, sie muß sich durch ihre Organisationen und Vertreter in den Parlamenten ihrer

Haut wehren. Darum Kampfanfänge allen Bestrebungen, die dem Volksganzen schaden, unsere Verbindungen mit den anderen Völkern stören, die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes durch Steuern und Zölle erschweren und den Abbau der Sozialgesetzgebung verlangen. Wir fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit, um dadurch vielen Arbeitslosen Lohn und Brot zu verschaffen, die dann durch den Mehrbedarf an Erzeugnissen die Wirtschaft beleben. Heiterkeit rief es hervor, als Kollege Lemser die Notiz eines Annuungsblattes zu Gehör brachte, in der zur Behebung der Arbeitslosigkeit eine Verlängerung der Arbeitszeit und ein Lohnabbau von 20 Proz. das Wort geredet wurde. Der Referent streifte zum Schluß die Tätigkeit unseres Verbandes und dessen Wirken zur Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse seiner Mitglieder auf tariflicher Grundlage und geistelte die Tatsache, daß nur 52 Proz. der von den Tarifen erfaßten Berufsangehörigen organisiert sind. Jeder hat die Pflicht, für die Ausbreitung der Organisation zu sorgen, denn wer da ernten will, muß auch säen.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und auf Antrag von einer Diskussion abgesehen.

Anträge lagen nicht vor, so daß der nächste Bezirkstag zur Debatte gestellt werden konnte. Es entspann sich eine lebhafte Aussprache um das Für und Wider, desgleichen stand die Kostenfrage im Vordergrund. Kollege Sichel-Tilsit regte an, den Bezirkstag im nächsten Jahre zusammen mit dem 25jährigen Jubiläum der Zahlstelle Tilsit daselbst zu veranstalten. Lemser setzte sich ebenfalls lebhaft hierfür ein, so daß die bis dahin erhobenen Bedenken fallen gelassen wurden und der Bezirkstag sich einmütig für Tilsit entschied.

Kollege Kohnert ermahnte die Kollegen, den für alle Berufsangehörigen so notwendigen Gedanken des Zusammenflusses weiter zu festigen und zu pflegen und schloß den Bezirkstag mit einem Hoch auf den Verband.

Der Nachmittag vereinte Kollegen und Gäste zu einer Dampferfahrt pregelabwärts nach Groß-Seydewitz. Der 5. Bezirkstag hat gezeigt, was wir aufzuholen haben, um den schweren wirtschaftlichen Kämpfen gewachsen zu sein. Mögen alle Kollegen und Kolleginnen, die bis dahin tatelos dem Verbandsleben gegenüberstanden, sämtliche Kleinlichen und persönlichen Bedenken fallen lassen und sich vereinen zu gemeinsamer Arbeit für unser hohes Ziel.

Bruno Taube.

Das nennt man kalkulieren!

Einer unserer Kollegen schreibt uns:

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ brachte in einer seiner letzten Nummern folgende Kalkulationsblätter: „Anfang des Monats Juni gab die Sparrasse der Stadt Hagen folgenden Auftrag zur Kalkulation an drei Zeitungsdruckereien: „1100 Blocks (Ein- und Ausgabebetitel), Format 7,5x26 Zentimeter, je 100 Blatt, jedes Blatt zweimal numeriert, zweimal perforiert, seitlich geblocht, mit sechs Textänderungen.“ Hierbei wurden Preisabgaben von 1200, 900 und 600 Mt. erzielt. Der Preis von 1200 Mt. bei 22,5 Proz. Lokalzuschlag war äußerst berechnet. Eine infolge des großen Preisunterchiedes bei der Rechnungsstelle des Deutschen Buchdrucker-Vereins, Kreis II, Köln, vorgenommene Nachkalkulation ergab unter Zugrundelegung von 25 Proz. Lokalzuschlag einen Preis von 1500 Mt. Angesichts des großen Unterschiedes und des dauernden Sammers der Prinzipale halten wir es für angezeigt, in aller Deutlichkeit und Deffektivität auf diese Preisunterbietungen hinzuweisen. Der niedrigste Preis wurde von der Firma Kannengießer in Hagen-Halpe abgegeben.“

Unser Kollege wirft hierzu mit allem Recht die Frage auf, unter welchen Lohn- und Arbeitsbedingungen wohl unsere Kollegen bei der Firma Kannengießer in Hagen-Halpe arbeiten mögen, daß der Firma solche Preisunterbietungen möglich sind?

Zahlst du deinen Beitrag richtig?

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 33 Wochenbeitrag für 1930 fällig. Nach § 6 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten. Achtet auch darauf, daß der Beitrag in der vorgeschriebenen Höhe geleistet wird.

Berichte.

Hagen i. W. Das 40jährige Bestehen der Zahlstelle am 19. Juli konnten wir in Verbindung mit der Ehrung dreier Jubilare feiern. In Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Zeit fand die Feier nur im engsten Mitgliederkreise statt. Unsere Mitglieder waren mit ihren Familienangehörigen recht zahlreich erschienen, und so konnte der Vorsitzende, Kollege Quefleit, in seiner Begrüßungsansprache seine Freude zum Ausdruck bringen, daß dem Wunsch der Mitglieder, an diesem Meilenstein der Organisation nicht achtlos vorbeizugehen, so gut Rechnung getragen wurde. Besonders begrüßte er den Gauleiter Kollege Dreger, Köln, der persönlich erschienen war, um die Zahlstelle zu ihrem Jubiläum zu beglückwünschen. Kollege Quefleit gab im Verlauf seiner Ansprache einen kurzen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Zahlstelle, die reich an Kämpfen und Erfolgen gewesen ist. Darauf schilderte Kollege Dreger in seiner Festrede in treffender Weise die Entstehung und die Notwendigkeit der Organisation, die heute einen hervorragenden Faktor bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen darstellt. Ihr Bestand ist eng mit der Existenz der Arbeiterklasse verknüpft und den Organisationsgedanken zu pflegen und weiter in die Reihen der noch Fernstehenden hineinzutragen, ist vornehmste Pflicht eines jeden Kollegen. Am Schluß seiner Rede feierte er die Jubilare, die in schwerer Zeit dem Verband die Treue gehalten haben. Sein Hoch galt dem Verband und der modernen Arbeiterbewegung. Darauf überreichte er im Auftrage des Gauvorstandes der Zahlstelle als sichtbare Erinnerung an diesen bedeutungsvollen Tag eine silberne Schale mit Widmung. Kollege Quefleit dankte im Namen der Zahlstelle für diese Aufmerksamkeit. Dann erfolgte die Ehrung unserer Jubilare, der Kollegen Wehringhaus, Schmalenbach und Höfinghoff. Kollege Quefleit überreichte ihnen die Ehrenurkunde des Verbandes, gleichzeitig die Glückwünsche des Verbandsvorstandes übermittelnd, und ein Geschenk der Zahlstelle, mit dem Wunsch, daß den Jubilaren auch noch die goldene Mitgliedschaft vergönnt werde. Kollege Schmalenbach dankte im Namen der Jubilare für die Ehrung. Heitere und fröhliche Stunden folgten, und die nimmermüde Schrammelkapelle sorgte dafür, daß das Tanzbein bis zum Morgen in Bewegung blieb.

Kassel. Am 26. Juli fand unsere Mitgliederversammlung statt, in der die Kollegen Kröber und Bachmann über das 2. Quartal berichteten. Aus den Berichten ist zu entnehmen, daß die Geschäftslage am Ort anhaltend schlecht ist und daß sie auch im 2. Quartal eine Besserung nicht erfahren hat. Nach dem Kassenerbericht ist für die Verbandskasse eine Einnahme von 1458,50 und eine Ausgabe von 1384,50 Mkt., für die Lokalkasse eine Einnahme von 1149,90 Mkt., eine Ausgabe von 439,76 Mkt. und ein Kassenbestand von 709,43 Mkt. zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Quartals 9 Wehrlinge, 96 Kollegen und 48 Kolleginnen, insgesamt 153 Mitglieder. Sodann begrüßte Kollege Kröber unseren Gauleiter, Kollegen Kornacker, der unerwartet in der Versammlung erschienen war. Kornacker referierte über die allgemeine wirtschaftliche Lage, die den gewerkschaftlichen Aufstieg und die Tarifpolitik der Gewerkschaften außerordentlich beeinflusst. Er schilderte die in letzter Zeit stattgefundenen Tarifverhandlungen und berichtete auch über die mit dem Bund Deutscher Buchbinder-Innungen in Dresden gepflogenen Verhandlungen. Kornacker kam zu dem Schluß, daß im brandenden Meere des wirtschaftlichen Geschehens der Jetztzeit für unsere Berufe unser Verband das einzige feste Bollwerk sei, das bestimmenden Einfluß auf die Lebenshaltung unserer Kollegenschaft ausübe, um das sich die Kollegenschaft scharen und das sie weiter ausbauen müsse. Kurz verurteilte Kornacker sodann das Verhalten des Kollegen Berrard, der sich mehr als zehn Jahre lang als überzeugter Freigewerkschaftler gerierte, jetzt aber, nachdem er durch eigene Schuld seine Stellung im „Kasseler Volksblatt“ verloren hat, plötzlich kein christliches Herz entdeckt und zur christlichen Organisation übergetreten ist. Man würde über solch

plötzlichen Gesinnungswechsel nur den Kopf schütteln und mit Stillschweigen darüber hingehen, wenn Berrard jetzt nicht mit der ihm eigenen Großmütigkeit die Organisation, in der er 10 Jahre lang Mitglied war, und seine gefrignen Kampfgenossen mit aller Schärfe bekämpfen würde. So müsse man seine bisherige freigewerkschaftliche Tätigkeit und seine so oft zur Schau getragene „Abergewohnungstreue“ als Unwahrscheinlichkeit und Heuchelei bezeichnen.

Wer kennt Theo Berrard? In Kassel kennt man ihn, sonst wohl nur die Kollegen, die sich von ihm in der Buchbinderei des „Kasseler Volksblatt“ auf der Durchreise die Lokalunterstützung auszahlen ließen. Ich kenne die Kasseler Verhältnisse einigermaßen und deshalb auch Theo Berrard. Ueber 10 Jahre war er Mitglied unseres Verbandes, auch ein Jahr Vorsitzender der Zahlstelle und mehrere Jahre Funktionär. In den Mitgliederversammlungen führte er oft eine scharfe Sprache und Kollegen, die solch großes Mundwerk nicht mit auf die Welt brachten, zogen oft den Kürzeren. Wehe dem, der über seine freigewerkschaftliche Leberzeugung auch nur den geringsten Zweifel geäußert hätte, es wäre ihm schlecht bekommen. Vor kurzem wurde Theo Berrard vom „Kasseler Volksblatt“ entlassen, nicht wegen Arbeitsmangel oder weil er Zentrumsmann war, sondern gewisser Verfehlungen wegen, die er sich jahrelang zuschulden kommen ließ. Wissende wundern sich überhaupt darüber, daß erst höhere Parteiintanzen einen sanften Druck auf die Leitung des „Kasseler Volksblatt“ ausüben mußten, um Theo Berrard zu entlassen. Nach seiner Entlassung hat Theo Berrard im Alter von 36 Jahren nun erst entdeckt, daß er falsch organisiert war, daß er eine andere Leberzeugung hat, als die bisher so oft und laut betonte. Er ist zum christlichen „Graphischen Zentralverband“ übergetreten. Daß er seine Leberzeugung wechselte und der neuen Leberzeugung folgend zur christlichen Organisation übertrat, möchte noch angehen, daß er jedoch jetzt in Nr. 13 der „Graphischen Stimmen“ das Kriegsbeil schwingt gegen seine seitherigen Freunde, zwingt mich, ihn etwas auf die Finger zu klopfen. Ich stelle fest: 10 Jahre lang hochgelobte Theo Berrard freigewerkschaftliche Leberzeugung, genau solange, wie er, obgleich Zentrumsmann, im sozialdemokratischen „Kasseler Volksblatt“ als Buchbinder beschäftigt war. Erst nachdem er durch eigene Schuld entlassen wurde, entdeckt er sein christlich orientiertes Herz. Ich übergehe die Angriffe auf unsere Kasseler Kollegen, doch so unwahrscheinlich, wie das ganze seitherige Verhalten Berrards, ist auch der in Nr. 13 der „Graphischen Stimmen“ unternommene Versuch, eine größere Leistungsfähigkeit des Graphischen Zentralverbandes in bezug auf die Unterstützungsleistungen nachzuweisen. Zwar behauptet er in seinem Bericht aus Kassel nicht, daß die Unterstützungsleistungen des „Graphischen Zentralverbandes“ besser sind als unsere. Die an ihm sonst nicht gewohnte Bescheidenheit läßt ihn nur sagen, sie können sich sehen lassen. Wozu aber die Gegenüberstellungen und Vergleiche, wenn nicht ein Zweck damit verfolgt wird? Die Unwahrscheinlichkeit liegt darin, daß etwas sehr Wichtiges verschwiegen wird, nämlich der § 40 der Satzungen des „Graphischen Zentralverbandes“, nach dem die Krankenunterstützung und Arbeitslosenunterstützung innerhalb 52 Wochen aufgerechnet werden, so daß nicht, wie bei uns, beide Unterstützungsweize voll zur Ausnutzung kommen können, sondern daß die Höchstsumme der Arbeitslosenunterstützung entweder allein oder in Verbindung mit der Krankenunterstützung die Höchstgrenze bildet. Ueber die Invalidentunterstützung geht Berrard mit höchstem Schwung hinweg. Man habe dort ein anderes System aufgebaut. Gewiß, die Höchstgrenze bilden dort 45 Mkt., bei uns 60 Mkt. Männer von der wahrhaften Gesinnung des Kollegen Berrard scheuten wir der christlichen Organisation, sie sind dort am besten aufgehoben.

Krefeld. Unsere am 22. Juli abgehaltene vierteljährliche Generalversammlung war gut besucht. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß sich der Geschäftsgang noch nicht gebessert hat. Wir haben noch 22 Mitglieder erwerbslos und viele arbeiten verkürzt. Der Mitgliederbestand ist um 5 gesunken, er beträgt 61 Kollegen und 40 Kolleginnen. Im letzten Quartal wurde eine Festlichkeit abgehalten, um acht Jubilare mit 25 bzw. 30jähriger Mitgliedschaft zu ehren. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Kollegen Lehmann für seine 25jährige Tätigkeit als Funktionär ein schönes Geschenk überreicht. Nach dem Kassenerbericht war für die Verbandskasse eine Einnahme von 1107,21 Mkt. und eine Ausgabe von 749,50 Mkt. zu buchen. Die Lokalkasse hat bei 426,92 Mkt. Ausgabe einen Bestand von 505,03 Mkt. Dann teilte der Vorsitzende mit, daß den ausgesteuerten Erwerbslosen aus der Verbandskasse eine Extrunterstützung von 1,50 bis 6,50 Mkt. monatlich gezahlt wird. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, über einen lokalen Zuschuß zu dieser Unterstützung zu beraten. An-

Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht versäumt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen.

schließend kam ein Fall zur Sprache, der sich bei der Firma Gebr. Deswatinen zugetragen hat. Die Firma verweigert unsern Kolleginnen und Kollegen die Ferien mit der Begründung, daß die alte Firma erloschen und das Personal bei der neuen Firma Deswatinen u. Co. erst grade in Arbeit getreten sei und deshalb noch keinen Anspruch auf Ferien habe. Da eine Einigung nicht zustande kam, soll die Sache dem Arbeitsgericht übergeben werden. Zum Schluß erinnerte der Vorsitzende an die kommenden Reichstagswahlen und ermahnte alle Anwesenden, nur die Partei zu wählen, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Die Lokalbeiträge sind in der nachbenannten Zahlstelle mit Genehmigung des Verbandsvorstandes neu geregelt. Sie betragen in

Beitragklasse	I		II		III		IV		V	
	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
Kaufbeuren	5	15	15	20	20					

2. Wir ersuchen unsere Verwaltungsstellen sowie die Mitglieder, denen der gegenwärtige Aufenthalt des Buchbinders Leopold Goldberg, geboren am 19. Dezember 1883 in Reutlingen, bekannt ist, uns dessen Adresse umgehend mitzuteilen.

Abrechnungen.

vom zweiten Quartal gingen weiter bis zum 5. August bei der Verbandskasse ein von:

- Potsdam-Nowawes 431,25 Mkt., = Gau Schlesien 3200,— Mkt., Gau Hanja 1500,— Mkt., = Gau Hannover 2000,— Mkt., Minden 100,— Mkt., = Bonn 350,— Mkt., Dortmund 1400,— Mkt., Dülmen 120,— Mkt., Essen —,— Mkt., Remscheid —,— Mkt., Trier 530,14 Mkt., Wuppertal —,— Mkt., = Darmstadt 800,— Mkt., Heidelberg 148,45 Mkt., Saarbrücken 416,55 Mkt., Wiesbaden 300,— Mkt., = Jena 273,— Mkt., Sonzberg —,— Mkt., = Sebnitz —,— Mkt., Kirchheim-Teck 299,— Mkt., = Würzburg 500,— Mkt.

Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter; K = Kassierer.

Wschersleben: B. u. K.: Fr. Lindig, Thie 16. Geschäftszeit von 8—13 und 15—18 Uhr. Auszahlung Freitag von 8—13 Uhr

Halle: B.: Georg Menzel, Große Märkerstr. 7. K.: P. Witmeier, Mansfelder Str. 7 I. Auszahlungen von 17 bis 18 Uhr. Sprechstunden der Ortsverwaltung Dienstag und Freitag 17 bis 19 Uhr
Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

- Denkt daran am 14. September!
- Zum Verfassungsktag!
- Neue Befestungen des Arbeiterhaushaltes.
- 100 Millionen für den Reichsarbeitsminister.
- Unseren Mitarbeitern zur Beachtung.
- Zur Unterhaltung: Ausgestoßen. — Gottfried Keller.
- Aus der Sozialversicherung: Heftli (Gebicht). — Es geht um die Sozialpolitik. — Zur Reform der Krankenversicherung. — Beitragshinterziehungen. — Was muß man von der Volksfürsorge wissen.
- Der 5. Bezirkstag des Bezirks Ostpreußen.
- Das nennt man kalkulieren.
- Berichte: Hagen i. W. — Kassel. — Krefeld.
- Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Abrechnungen. — Adressenangabe. — Adressenänderungen.